

Zahlen zur ärztlichen Versorgung

Aufgaben der
betrieblichen Ambulatorien

In der DDR arbeiten gegenwärtig, wie „Neues Deutschland“ berichtet, 27 925 Ärzte und 7 316 Zahnärzte. Danach kommt ein Arzt auf 611 Einwohner (in der Bundesrepublik ist das Verhältnis laut der jüngsten Statistik der Bundesärztekammer 1 : 564). Ein Zahnarzt betreut in der DDR 2 330 Einwohner. Die zahnärztliche Versorgung macht, wie aus zahlreichen Berichten und auch den veröffentlichten Planungen hervorgeht, einige Sorgen. Der Planung nach soll im Jahr 1980 ein Zahnarzt nur noch 1 800 Patienten zu betreuen haben. Nicht ganz zufriedenstellend gelöst ist bislang auch die Versorgung durch Allgemeinärzte, obwohl der Staat erhebliche Anstrengungen auf diesem Gebiet macht. Auf dem Land sollen in den vergangenen 20 Jahren 1 408 staatliche Arztpraxen und 385 Landambulatorien geschaffen worden sein. Sie lösten, was „Neues Deutschland“ allerdings nicht sagt, niedergelassene Ärzte ab (die es jedoch weiterhin noch gibt).

Vielen offiziellen Erklärungen zufolge, wird die arbeitsmedizinische Betreuung besonders gefördert. 56 Prozent aller Arbeitnehmer seien arbeitsmedizinisch betreut, heißt es. Dafür stünden 96 Betriebspolikliniken, 248 Betriebsambulatorien und 2 052 „Arztsanitätsstellen“ bereit.

Über die Aufgaben der Betriebsärzte hat es in den letzten Jahren offenbar einige Meinungsverschiedenheiten gegeben. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen zur allgemeinen ärztlichen Versorgung und den betrieblichen Gesundheitseinrichtungen scheint nicht immer zufriedenstellend zu sein. In einem Bericht über eine Betriebspoliklinik in Magdeburg heißt es zum Beispiel, manche Betriebsärzte meinten ausschließlich arbeitshygienische Aufgaben

wahrnehmen zu müssen. Andere wiederum übten ihren Beruf wie in einer normalen Poliklinik aus. Es habe sich aber ergeben, daß beide Aufgaben miteinander zu vereinbaren seien. Betont wird in dem Bericht jedoch, daß „territoriale und betriebliche Gesundheitseinrichtungen“ zum Nutzen der ganzen Bevölkerung „mehr und mehr“ zusammenarbeiten müßten. Daß hier noch einiges zu tun ist, geht aus einem ND-Artikel, in dem eine Berliner Ärztin über ihre Arbeit an einer Inneren Poliklinik und die Zusammenarbeit mit einer örtlichen Betriebspoliklinik berichtet, hervor: Auf persönliche Initiative gebe es teilweise ein Hand-in-Hand-Arbeiten, doch müßten noch generell konkrete Abmachungen getroffen werden. NJ

Alkoholismus in den Betrieben

Auch in der DDR hat der Alkoholverbrauch in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Bisher konnte man diesem Problem weder durch hohe Preise für Alkoholika noch durch Maßnahmen der Gesundheitserziehung wirkungsvoll beikommen. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Spirituosen, der 1955 noch bei 4,4 Litern lag, hatte 1970 bereits 6,6 Liter erreicht. Im gleichen Zeitraum war bei Bier eine Zunahme von 68,5 auf 95,7 Liter pro Kopf und Jahr zu verzeichnen. Die in Jena erscheinende „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“ berichtet, daß es bisher nicht gelungen ist, die „produktionsmindernden Folgen“ des Alkoholmißbrauchs zu beseitigen. Gesetzliche Regelung für die Blutentnahme bei Betriebsunfällen würde es aber ermöglichen, die Ursache bei einem alkoholbedingten Unfall (derartige Unfälle zählen nicht zu den Arbeitsunfällen!) zu erkennen und diesen nicht als Arbeitsunfall anerkennen zu müssen. Auch andere Möglichkeiten, den Alkoholmißbrauch in den Betrieben einzuschränken, werden angeregt: Entzug von Kranken-, Haus- und Taschengeld. BGI

WHO

Dänischer Kandidat für den Generaldirektor-Posten

Der Verwaltungsrat der Weltgesundheitsorganisation hat der Generalversammlung, die am 7. Mai beginnen wird, vorgeschlagen, den Dänen Dr. Halfdan T. Mahler zum Generaldirektor zu ernennen.

Dr. Mahler war einer der stellvertretenden Generaldirektoren und war zuständig für die Abteilungen Familien-Gesundheit, Organisation von Gesundheitsdiensten, epidemiologische und Kommunikationsforschung. In den Diensten der Weltgesundheitsorganisation steht er bereits seit 1950; er war in Ecuador, in Indien, Rom, Prag und Genf tätig. Sein Fachgebiet ist die Tuberkulose.

Wenn die Generalversammlung dem Vorschlag zustimmt, wird Dr. Mahler den Brasilianer Dr. Candau ablösen, der seit 1953 Generaldirektor der WHO ist. bt

ÖSTERREICH

Verkehrsmedizin künftig als Pflichtfach?

Die „Ärztliche Kraftfahrervereinigung Österreichs“, die kooperativ dem Österreichischen Automobil- und Touring-Club angehört, hat die Regierung und die Medizinische Fakultät der Universität Wien aufgefordert, ein Institut für Verkehrsmedizin einzurichten. In diesem Institut sollen Medizinstudenten zwei Semester hindurch einstündige Pflichtvorlesungen besuchen, um über Art und Anwendung der Verkehrsmedizin eingehend unterrichtet zu werden. Das Institut soll alle verkehrsmedizinischen Bestrebungen ärztlicher Fachrichtungen einschließlich jener der psychologischen Institute koordinieren und vertiefen. bt